

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**



# Bürger Steinmeier verdreht in gefährlicher Weise die Realität

**Peter Boehringer zu den unanständig-antidemokratischen Vorwürfen des Bundespräsidenten, Millionen von AfD-Wählern seien antibürgerlich.**

## Zweiter Teil

In der Tat: Ja, wir fühlen uns dem Volk als oberstem Souverän verpflichtet! Alles andere wäre in unseren Augen antidemokratisch, antirechtsstaatlich und damit eben ... antibürgerlich.

Bürgerlicher als die AfD (sowie einige noch authentisch konservative und liberale Gruppen von CDU/CSU und FDP) ist kaum denkbar.

Richtig paradox wird Steinmeiers Kampfrhetorik angesichts der Geschichte seiner SPD: Kritik am Bürgertum bis Abschaffung der „Bourgeoisie“ war sozialistische DNA seit Karl Marx, sogar explizit in SPD-Programmen verankert. Ab 1968 wurde dann der Kampf gegen das böse Bürgertum regelmäßig erneuert – aktuell ist sogar eine Wiedervereinigung von SPD und SED/Linke ernsthaft wieder im Gespräch.

Es war also über mehr als 150 Jahre die vereinigte Linke, die das als „reaktionär“ wahrgenommene freiheitlich-konservative und nationale Bürgertum konsequent diffamiert und sogar militant bekämpft hat – die SPD-Fußtruppe namens „Antifa“ tut dies bis heute. Ausgerechnet DIESE Linken wollen nun Millionen von WAHREN –in der Tradition der sowohl freiheitlichen als auch national-konservativen Bürgerrevolution von 1848 sowie in

der der demokratischen Paulskirchen-Demokratie stehenden– konservativ wählenden Bürgern erklären, wer und was „bürgerlich“ sei?! Das ist ein Treppenwitz der Geschichte.

„Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen.“

Ferdinand August Bebel, SPD-Vorsitzender 1892-1913

Wer gehört nach Herrn Steinmeier zum Bürgertum und wer nicht? Steht „Bürgertum“ neuerdings für die Eliten, für die etablierten Parteien und die Systemmedien? Das ist nur noch peinliche Selbstreflexion einer sich selbst beweihräuchern-den Pseudo-Elite.

Herr Steinmeier goutiert linksradikale und gewaltverherrlichende Texte von Bands wie „Feine Sahne Fischfilet“: „Deutschland ist scheiße, Deutschland ist Dreck! Deutschland verrecke, das wäre wunderbar. Bullenhelme fliegen – eure Knüppel bekommt ihr Bullen in die Fresse rein.“ Dies ist eher ein Beleg, dass es Steinmeier tatsächlich SELBST an wahrer Bürgerlichkeit mangelt.

## Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ [peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)



[/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)





## Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses  
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)



## So hebt die GROKO die Demokratie aus ..

Das Bundespräsidium wollte in der vergangenen Woche in Windeseile das Gesetz zu Direktzahlungen durchpeitschen. Doch da haben die Abgeordneten der AfD mit Felser, Frömming und Kleinwächter schnell erkannt, dass in diesem Moment, zu vorgerückter Stunde (1:30 Uhr), keine Beschlussfähigkeit im Plenum vorlag. Der amtierende Präsident Friedrich behauptete, das Parlament sei beschlussfähig. Daraufhin wurde kurzerhand eine namentliche Abstimmung einberufen, die den Gegenbeweis erbrachte. Es waren tatsächlich nur 133 MdB im Plenum, 355 wären erforderlich gewesen.

Das zweite Gesetz zur Änderung des Direktzahlungen – Durchführungsgesetzes beinhaltet eine stark umstrittene Umverteilung der Mittel der sogenannten „Ersten Säule“ in die „Zweite Säule – auch „ELER“ (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) genannt und soll in Höhe von 6 % ab 2020 genutzt werden. Mit dieser Methode will man „Neuverpflichtungen“ zugunsten einer Bagatellregelung der kleinflächigen Umwandlungen von Dauergrünland in Blühflächen beschleunigen. Diese wurden im Klimawahn mit der Landbewirtschaft-

tungsmethode „Greening“ der gesamten Umweltlobby versprochen. Nur an der Umsetzung scheitert das Vorhaben erheblich. Die Bauern zogen bereits im vergangenen Monat mit ihren Traktoren nach Berlin und Bonn, um zu zeigen dass sie sehr erobst sind. Sie wollen keine Umverteilung der Mittel. Gerade kleine Betriebe rechnen mit dem Geld aus der Ersten Säule, sie bauen ihre Betriebsplanung darauf auf. Da sie meist nur geringe Flächengrößen bewirtschaften, fällt es Vielen schwer, auch nur einen kleinen Anteil für die Schaffung von Blühflächen herzugeben. Sie müssen mit jedem Quadratmeter Einkünfte erzielen dürfen.

Am letzten Mittwoch hat es erneut eine „Namentliche Abstimmung“ zum Thema gegeben, ich habe auch eine Rede zum Thema für die AfD gehalten. Wir dürfen gespannt sein, befürchten aber dass die GROKO ihr „gut gemeintes“ Anliegen vor Fristende auch noch durch den Bundesrat befördern möchte.

Wir haben es leider nur geschafft das Pferd aufzuhalten, aber nicht zu satteln.

Euer Peter Felser



**Johannes Huber, MdB**

**Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen**

#### **Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



[johannes.huber@bundestag.de](mailto:johannes.huber@bundestag.de)



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)

## **Veröffentlichung von Petitionen, willkürlich!**

Liebe Mistreiter,  
vergangene Woche haben wir einen Antrag eingebracht, um die Veröffentlichung von Petitionen rechtsverbindlich zu garantieren.

Die bisherige Regelung dazu besteht in Form einer mehr oder minder unverbindlichen Richtlinie, die vielerlei unbestimmte Rechtsbegriffe enthält und damit zur politischen Willkür einlädt.

Manche von Ihnen haben vielleicht damals die Debatte um die Veröffentlichung einer Petition zum Global Compact For Migration verfolgt. Hierbei wurde zunächst durch den Ausschußdienst und durch die anderen Fraktionen eine Veröffentlichung blockiert. Erst durch die Bekanntmachung dieser Vorgänge und den öffentlichen Druck beugte man sich am Ende und ließ eine Veröffentlichung verspätet zu.

Grund für das damalige Vorgehen ist eine Formulierung in der Richtlinie, wonach keine Petitionen veröffentlicht werden dürfen, die dazu geeignet sind, den „interkulturellen Dialog“ zu gefährden. Was man darunter im Einzelnen verstehen mag ist selbstredend Auslegungssache und fördert politische Willkür:

So wurde erst kürzlich empfohlen, eine Petition, welche die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan fordert, nicht zu veröffentlichen. Erst auf unseren Druck geschah dies dann doch. Unabhängig wie man zu dieser Frage stehen mag: Es kann nicht sein, dass darüber nicht diskutiert werden darf. Wir setzen uns im Sinne der Meinungsfreiheit ein diesen Zustand zu beheben.

Herzlichst  
Ihr Johannes Huber



# Beschlußunfähigkeit im Deutschen Bundestag



**Rainer Kraft, MdB**  
**Landesgruppenchef**

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

## Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

### Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

### Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

✉ [rainer.kraft@bundestag.de](mailto:rainer.kraft@bundestag.de)

Facebook [/dr.rainer.kraft](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft)

Twitter [@Dr\\_Rainer\\_Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

www [www.rainer-kraft-mdb.de](http://www.rainer-kraft-mdb.de)

Plenarsitzungen an Donnerstagen im Deutschen Bundestag ziehen sich ja bekanntlich bis spät in die Nacht. Es ist weiterhin ein offenes Geheimnis, dass die Beschlußfähigkeit, die die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vorsieht bei diesen Beratungen in der Regel nicht gegeben ist. Dies ändert sich nur dann wenn entweder eine namentliche Abstimmung ansteht oder der Sirenenruf eines Hammelsprunges durch die Hallen des Bundestages tönt. Dann kommen die Abgeordneten herbeigeströmt. Im Falle namentlicher Abstimmungen ist dies in der Regel vorher bekannt und die Terminpläne werden entsprechend ausgerichtet. Darüber hinaus ist das unentschuldigte Fernbleiben bei namentlichen Abstimmungen mit einer Geldstrafe behaftet. Die Anwesenheit ist daher in der Regel gut. Hammelsprünge hingegen dienen in der Regel der Feststellung der Beschlußfähigkeit. Dies geschieht immer dann, wenn eine Fraktion, oder 35 Abgeordnete beim Präsidium des Bundestages die Beschlußfähigkeit vor einer Abstimmung anzweifelt. Ist sich das Präsidium dann nicht einig über die Anwesenheit von 355 Abgeordneten, so wird diese durch den Hammelsprung festgestellt.

Bereits im Juni hatte sich Bundestagsvizepräsidentin Roth mit Ihren zwei Schriftführern dahingehend erzählt, als sie eine offensichtlich beschlußunfähige Versammlung mehrere Gesetze beschließen lies. Die AfD Fraktion war damals so perplex ob dieser Feststellung dass weitere Maßnahmen unterblieben. Da man aus Fehlern klug wird hatte unser parlamentarischer Geschäftsführer Götz Frömming diesmal bereits vorgesorgt und für den Fall der Nichtanzweiflung der Beschlußfähigkeit durch das Präsidium eine spontane namentliche Abstimmung verlangt.

Die Ankündigung führte bei den Kollegen der Altfraktionen denn auch zur üblichen Häme, die sich in Windeseile in boshaften Kommentaren entlud, als die Ankündigung der namentlichen Abstimmung erfolgte. Es geschah dann tatsächlich wie eigentlich nicht für möglich gehalten. Auch Bundestagsvizepräsident Friedrich gab sich die Blöße und stellte eine offensichtliche Beschlußunfähigkeit nicht in Frage. Die dann folgende namentliche Abstimmung lieferte trotz zeitlicher Hinhaltetaktik an Ende nur 133 Teilnehmer, weniger als 20 Prozent der Parlamentarier waren also zur Abstimmung geeilt.

Ein Ziel dieser Vorgehensweise ist es, auf diese Art zu verhindern, dass im Bundestag von einem derartig schwach besetzten Bundestag zu nachtschlafener Zeit wichtige Gesetze einfach „durchgewunken“ werden. Die Bürger unseres Landes haben es verdient, dass die Abgeordneten im Bundestag ihrer Arbeit nach kommen und wir helfen ihnen dabei etwas auf die Sprünge.



## Hans-Jörg Müller, MdB Parlament. Geschäftsführer

Wahlkreis 225: Traunstein

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ [hansjoerg.mueller@bundestag.de](mailto:hansjoerg.mueller@bundestag.de)

f [/MdB.Mueller](https://www.facebook.com/MdB.Mueller)



## Parlamentarisches Fragenspiel mit der FDP

In der Sitzung vom 08.11.2019 war es mir eine außerordentliche Freude, Anträge zur Energiepolitik und Technologie unserer Sitznachbarn im Parlament, der FDP, mit der gebotenen Würde des hohen Hauses, in den Fokus meiner Betrachtungen zu ziehen.

Sinn und Zweck dieser „Übung“ für die Parlamentarier der Nachbarfraktion war es, diesen aufzuzeigen, welch überaus welt- und sachfremdes Verhalten diese an den Tag legen, wenn sie permanent die Anträge der AfD Fraktion im Deutschen Bundestag ablehnen; denn o.a. Anträge gleichen denen der FDP wie ein Ei dem anderen, wenn diese nur farbliche Unterschiede aufweisen. Als Beispiel möchte ich hier nochmals einen Antrag zu synthetischen Kraftstoffen anführen:

„Synthetische Kraftstoffe und E-Mobilität sind steuerlich gleich zu stellen“ – Antrag der AfD  
„Die Diskriminierung von Wasserstoff und synthe-

tischen Kraftstoffen ist gegenüber batterieelektrischen Antrieben zu beenden“ – Antrag der FDP  
Damit zeigen die „Freien Demokraten“, dass sie weder frei sind, noch als Demokraten handeln. Wenn alleine die Abneigung und der Hass auf die AfD deren Abstimmungsverhalten bestimmt, zeigen diese „Feigdemokraten“ nur auf, dass sie ein Bestandteil des Einparteiensystems der Merkel-Administration sind und keineswegs gewillt sind, freiheitlich und vor allem selbständig zu handeln.. Wenn es um Energie und Zukunft geht, dann darf selbstverständlich auch ein Seitenhieb auf die Kryptokommunisten mit grünem Farbanstrich nicht fehlen. Nicht nur, dass diese vermutlich erst zufrieden sind, wenn die letzte Wohnung in Deutschland unbeheizt bleibt und wir uns wieder um ein ökologisch einwandfreies Lagerfeuer versammeln, so sind deren Anträge ein planwirtschaftlicher Unfug nach dem anderen.





## Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
  - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
  - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
  - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka



„Abwahl“ des Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz sowie doppelte Blockade bei Wahl eines AfD-Vizepräsidenten

Sämtliche anderen Fraktionen hielten es am 13.11. für angebracht, ein absolutes Novum in der Ausschussgeschichte durchzuführen. Die Abwahl von Stephan Brandner. Die hanebüchenen Begründungen kann jeder nachlesen, wobei die auch zwischendurch wieder wechselten. Man hatte einfach auf eine Gelegenheit gewartet, hier als Einheitsfront mit 37 zu 6 AfD-Stimmen Stephan loszuwerden. Aus Union und FDP erfuhr ich zwar unter Hand, dass „die Künast viel schlimmer“ gewesen war, was die eigentliche Arbeit angeht, aber für auch nur eine abweichende Stimme hat es dann doch nicht gereicht. Vorausgegangen war eine Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses. Dort erinnerte man sich nach 70 Jahren, dass nun doch per Mehrheit ein Oppositionsvorsitzender einfach abgewählt werden kann. Man muss dies einmal weiterdenken: es könnte ab jetzt die Regierung jeden Aus-

schuss an sich ziehen. Weiter wird jeder Vorsitzende aus der Opposition eingeschüchtert, dass ihm dies eben droht. Damit ist ein demokratischer Grundmechanismus der Ausschussarbeit völlig dahin! Auf meinem Youtubekanal habe ich das ausführlicher kommentiert. Unglaublich, dass dies in Kauf genommen wurde.

Eine andere „Lex-AfD“ hat man bei der Wahl des Vizepräsidenten erdacht. Wir haben erfahren, dass vor 2017 immer bei dessen Wahl nach Vorschlägen „aus der Mitte der Abgeordneten“ gefragt wurde. Als Fabian Jacobi diesen Trick für sich reklamierte und Martin Renner zusätzlich zu Paul Podolay vorschlug, ging dies plötzlich nicht mehr. Es kann nämlich so gesehen werden, dass bei zwei Kandidaten nur noch die relative Mehrheit zur Wahl nötig ist. Also hätte man einen von uns nur noch durch den spontanen Vorschlag eines zusätzlichen Altparteilers verhindern können. Und so schnell wäre das nicht geschehen. Wegen dieser Gefahr wurde Fabians Vorschlag nicht zugelassen. Nun steht immerhin der Klageweg offen.



**Martin Sichert, MdB**

**Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**  
**Ordentliches Mitglied:**

- **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

@ martin.sichert@bundestag.de

f /sichertmartin

# Manipulative Sitzungsleitung im Bundestag beschädigt die Demokratie

Der Deutsche Bundestag ist das Herzstück der Demokratie. Hier zeigen sich am sichtbarsten die immer größer werdenden Risse in unserer demokratischen Grundordnung. Denn ausgerechnet an dem Ort, der symbolisch für die Freiheit und Gleichheit aller Bürger steht, kommt es immer häufiger zu Schikane, Gängeleien und offenem demokratiefeindlichen Verhalten durch die Altparteien.

Das Präsidium des Bundestags behandelt die Abgeordneten der AfD wie Abgeordnete zweiter Klasse und benachteiligt sie im Vergleich zu Abgeordneten anderer Parteien. Während die Abgeordneten anderer Parteien bei ihren Interventionen sitzen bleiben dürfen, müssen AfD Abgeordnete stehen. Auf Nachfrage im Ältestenrat gibt es eine neu erfundene Regelung, die das Verhalten von Claudia „Hubertus Heil darf ruhig sitzen bleiben“ Roth und Hans-Peter „Bleiben Sie stehen!“ Friedrich rechtfertigen soll. Natürlich wurden die Abgeordneten der AfD von der angeblichen Regelung nicht informiert.

Auch mit den inflationären Rügen von Redeinhalten verletzt das Präsidium seine Neutralitätspflicht. Am offensichtlichsten machte Wolfgang Kubicki diesen Machtmissbrauch mit seiner Forderung nach einer expliziten Begrüßung als "Herr Präsident" zu Beginn meines Redebeitrags mit der Androhung eines Ordnungsrufs – obwohl in der Bundestagsordnung dergleichen gar nicht aufgeführt wird.

Umgekehrt weisen die Präsidenten erhebliche Sehfehler auf, wenn es um die Beschlussfähigkeit des Bundestags geht. Obwohl bei Anzweiflung der Beschlussfähigkeit erkennbar weniger als 100 Abgeordnete anwesend waren, wollten sie allen Ernstes behaupten, mehr als 354 Abgeordnete wären anwesend.

Gut, dass unsere Fraktion vorletzter Woche mit einer namentlichen Abstimmung dieses undemokratischen Verhalten öffentlich vorgeführt hat und trotz 15 Minuten langem Herbeirufen nur 133 Abgeordnete anwesend waren.

Dieses tendenziöse Verhalten des Bundestagspräsidiums beschädigt die Demokratie. Denn mit ihrer Degradierung von AfD-Abgeordneten diffamieren und entmündigen sie zugleich sechs Millionen Wähler und Wählerinnen, die diese Abgeordneten repräsentieren. Sie treten den Willen des Volkes und das Grundprinzip der Demokratie mit Füßen.

Kein Wunder also, dass die Altparteien sich mit aller Gewalt gegen die Wahl eines AfD-Abgeordneten zum Vizepräsidenten sträuben, denn dieser würde solch manipulativen Spielchen ein Ende bereiten und dafür sorgen, dass im Bundestag endlich wieder Neutralität und Demokratie gewahrt werden.

Immerhin werden die AfD Abgeordneten so zu Experten der Geschäftsordnung und lernen von Woche zu Woche die Möglichkeiten besser auszunutzen.



# Unsicherheit, Zerfall, Teuerung: Nur eine alternative Politik kann die Zukunft der Städte sichern

Die Entwicklung ist bedrohlich: gerade die Gruppen, die besonders für die Stabilität des gesellschaftlichen Lebens sorgen, werden in vielen Städten an den Rand gedrängt: Angestammte Familien mit Kindern, breite Arbeitnehmerschichten und die ältere Generation.

Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, regiert von einer grünen Bezirksbürgermeisterin, steht geradezu sprichwörtlich für gescheiterte Stadtpolitik. Man denke nur an die Drogen-Brennpunkte, die regelmäßigen Auseinandersetzungen von Linksextremen mit der Polizei oder die Parkraumvernichtung durch kaum genutzte Sitzbänke am Straßenrand.

Aber auch ohne links-grüne Randgruppenpolitik wächst der Druck auf die Mittelschicht in den Städten. Der Anlagenotstand, den der Euro und die Nullzinspolitik hervorgerufen haben, lässt die Immobilienpreise und die Mieten steigen. Hauptbetroffene sind Familien, Studenten, Arbeitnehmer und Senioren in den Städten! Parallelgesellschaften von Zuwanderern aus bestimmten Kulturkreisen lassen die Stadtgesellschaft immer weiter zerfallen, und niemand bei den Etablierten steuert entschlossen dagegen – schon beim Stichwort „Integrationsdruck“ zuckt man zurück. Das wäre ja nicht politisch korrekt! Kriminelle Clans, die ihre Netzwerke hochziehen, sind dann der Schlusspunkt der gescheiterten In-

tegrationspolitik.

In den auseinanderdriftenden Stadtgesellschaften fängt die Frage der Sicherheit aber schon an den Bahnhöfen und Haltestellen an, und natürlich auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Nahverkehrspolitik der Zukunft muss viel mehr für Wohlfühlen und Sicherheit der Fahrgäste tun, damit die Milliarden nicht verloren sind, die man hier hineinsteckt!

Die Autofahrer sind nach wie vor die Prügelkneben der Verkehrspolitik. Fahrverbote, Parkverbote, verengte Straßen und übertriebene Tempolimits sollen zum „Umsteigen“ zwingen, das in vielen Fällen aber praktisch nicht geht. Viele Bürger verlieren durch eine solche Politik vor allem Zeit, die sie gerne zum Beispiel für ihre Familien gehabt hätten.

Wenn Städte bürgerlich, bezahlbar und lebenswert bleiben sollen, muss die Politik gewaltig umsteuern. Im Mittelpunkt der Entscheidungen müssen diejenigen stehen, die das Stadtleben aufrechterhalten! Besondere Priorität muss dabei die Schaffung preiswerten Wohnraums haben.

Nur eine alternative Politik auf allen Ebenen – Europa, Bund, Land und kommunal –, die das Ganze im Blick hat, wird für die städtischen Räume die Zukunft sichern können!

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /W.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)

**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**